

# Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
Im letzten Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.80  
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)  
Insertionspreis pro sechsstelliger Petitzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl  
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.  
Telephon Nr. 88.

Grösste Abonnentenzahl in  
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

Nr. 65

Donnerstag, den 5. Juni 1919

70. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

### Reisen nach den unbefetzten Gebieten.

H. B. 233. Auf Veranlassung des Herrn Franz Kreisverwalters gebe ich folgendes bekannt:

Reisen nach den unbefetzten Gebieten sind grundsätzlich verboten. Anträgen auf ausnahmsweise Erteilung von Reiseausweisen (sauf-conduits) nach den unbefetzten Gebieten kann nur in äußerst dringenden Fällen beim Vorliegen sehr wichtiger, geschäftlicher oder wirtschaftlicher Gründe oder in sonstigen besonders ernstlichen Fällen stattgegeben werden.

Derartigen Anträgen — ausgenommen die Anträge auf Ausreise ohne Rückkehr — sind stets besondere Unterlagen beizufügen, bestehend aus einem eingehenden Antrage und den etwa vorhandenen Belegstücken und sonstigen Unterlagen (Auskünfte usw.).

Die Vorlage der Gesuche hat ausnahmslos durch Vermittlung des Bürgermeistersamtes bei dem Herrn Franz Kreisverwalter zu erfolgen, welcher Stellung zu den Anträgen nehmen muß.

Abdrucke gehen den Bürgermeistersämtern zu.  
Rüdesheim a. Rh., den 31. Mai 1919.

Der Landrat.

### Bekanntmachung

#### über Zahlungsverkehr und Versendung von Wertpapieren.

Folgende Verfügung, die Erleichterung des Zahlungsverkehrs und Versendung von Wertpapieren betreffend, wird hiermit zu Kenntnis gebracht:

Sämtliche Zahlungsverfahren, ebenso die Versendung von Wertpapieren, Coupons u. welche durch den genehmigten geschäftlichen Verkehr herbeigeführt werden, können von jezt an mit dem unbefetzten deutschen Gebiet zur Ausführung gebracht werden unter der Bedingung, daß es durch Vermittlung einer der von der französischen Verwaltung bezeichneten Bank geschieht. Die zu diesem Zweck bis auf weiteres befähigten Banken sind:

Reichsbankstelle Wiesbaden,  
Bank für Handel und Industrie, Filiale Wiesbaden,  
Direktion der Disconto-Gesellschaft, Zweigstelle Wiesbaden.

Die Beteiligten können sich deshalb nach freier Wahl an eine dieser 3 Banken wenden.

Le Lieutenant Colonel Pineau  
Administrateur supérieur du District de  
Wiesbaden.

Die Gemeindeförsterstelle Mapper-Schäpshaus in der Oberförsterei Eltville mit dem Wohnsitz in Hallgarten, Kreis Rheingau, gelangt mit dem 1. August 1919 zur Neubefetzung. Mit der Stelle, welche die Waldungen der Gemeinden Hallgarten, Hattenheim und Johannisberg sowie 48 ha Staatswald mit einer Größe von zusammen 1015 ha umfaßt, ist ein Jahreseinkommen von 1400 Mk., steigend von der Stellenübertragung ab von 3 zu 6 Jahren vier mal um je 200 Mk. dann 2 mal um je 150 Mk. bis zum Höchstbetrag von 2500 Mk., verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstwohnung und Freibrennholz bis zu jährlich 16 Rm. Derbholz und 100 Rallen bezw. Geldentschädigung hierfür von jährlich 300 Mk. bezw. 150 Mk. bewilligt. Die freie Dienstwohnung und das Freibrennholz bezw. die Geldentschädigungen hierfür sind mit 300 Mk. bezw. 150 Mk. beim Ruhegehalt anzurechnen.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probefristzeit.  
Bewerbungen sind bis zum 20. Juli ds. Jrs. an die Oberförsterei Eltville zu richten.

Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit forstlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Wiesbaden, den 22. Mai 1919.

Der Regierungspräsident.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

## Die wirtschaftliche Einkreisung.

In den wirtschaftlichen Kreisen der Verbandsländer, besonders in den Vereinigten Staaten und England, beschäftigt man sich sehr eingehend mit der allgemeinen Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, insbesondere mit der neuartigen Wirtschaftstruktur, die in den Begriffen „Sozialisierung“ und „Gemeinwirtschaft“ ihren Ausdruck findet. Aus Zweifeln an der Durchführbarkeit dieser Gedanken tritt immer wieder mehr oder minder laut eine gewisse ängstliche Besorgnis hervor, daß das, was auf diesem Gebiet in Deutschland zu entstehen beginnt, eine Gefahr für die wirtschaftliche Struktur der Verbandsländer bedeuten könne, für die die Erhaltung des rein kapitalistischen Zustandes der Vorkriegszeit gewünscht wird. Der Vertreter des Bureau „Europa Press“ hatte Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Graf Ranken über diese Frage zu sprechen. Der Graf legte seine Ansichten in folgender Weise dar:

Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß, wie alles in der Welt, so auch die Wirtschaftsstruktur nicht beständiges ist, sondern daß auch hier stets eine mehr oder weniger schnelle Entwicklung aus alten Formen stat findet. Daß diese Entwicklung zu neuen Wirtschaftsformen in der Kriegszeit besonders bei allen kriegsführenden Ländern rasche Fortschritte gemacht hat, ist bekannt. Alle Länder waren genötigt, sogenannte Kriegswirtschaft zu betreiben, und in allen Ländern sind durch diese Kriegswirtschaft Veränderungen in den Tatsachen und Betrieben eingetreten, von denen nicht erwartet werden kann, daß sie ohne dauernden Einfluß auf die wirtschaftliche Struktur der ganzen Welt bleiben. Dazu treten besonders in Deutschland noch viele Ideen, die durch die politische Umwälzung auch auf wirtschaftlichem Gebiet Fuß fassen konnten. In allen Ländern spielt sich — und das ist bezeichnend — der gleiche Kampf ab, und zwar zwischen den sogenannten Theoretikern, die an manchen Erregungszuständen der gebundenen Wirtschaft festhalten wollen, und den Anhängern des freien Handels, die das Heil aller Dinge in dem sogenannten „freien Spiel der Kräfte“ sehen. Ich bin der Letzte, der die schweren Folgen der Kriegswirtschaft nicht voll übersehen, und der nicht ihre demoralisierenden Folgererscheinungen erkennt und befeht zu sehen wünscht. Theoretisch haben ohne Frage diejenigen recht, die ausschließlich von dem freien Spiel der Kräfte eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse in allen Ländern erwarten. Aber hatte die Welt denn in der Vorkriegszeit ein freies Spiel der Kräfte, für das diese Bekämpfung im vollen Umfang richtig ist?

Sag nicht gerade darin, daß durch Zollschranken und wirtschaftliche Alibis dem freien Spiel der Kräfte eine nationale Kessel angelegt wurde, einer der wesentlichen Gründe für die Weltkatastrophe, deren Ende der Friede von Versailles sein soll? Können sich unsere Feinde wirklich wundern, wenn die neuen Ideen der Gemeinwirtschaft und Sozialisierung gerade besonders stark in Deutschland Wurzeln gefaßt haben, wo Deutschland viel früher und in viel stärkerer Maße durch die Notlage gezwungen war, jede freie individuelle wirtschaftliche Betätigung innerhalb seiner Landesgrenzen mehr und mehr zu unterbinden? Glauben Sie, daß das Friedensinstrument, das uns vorgelegt wurde, geeignet ist, gerade diejenigen Bestrebungen in Deutschland zu schwächen, die mit den Begriffen Sozialisierung und Gemeinwirtschaft den Versuch machen, einen neuen demokratischen Welt in die Wirtschaftsstruktur zu bringen, der die zusammengebrochene Wirtschaft Deutschlands durch die stoffe Organisation einer nationalen Sparwirtschaft wieder leistungsfähig machen soll? Was ist denn die „Reparationskommission“ anders als der Zwang, Deutschland gemeinwirtschaftlich zu organisieren? Werden Kontrollkommissionen soll die Entscheidung darüber zusehen, ob und wie viele Rohstoffe Deutschland einführen kann. Wie ist es unter einem solchen System überhaupt möglich, an die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zu denken? Welchen Kredit würde, wenn die Friedensvorschlüsse des Verbandes sich realisieren lassen würden, der deutsche Kaufmann persönlich im Ausland haben? Was bleibt dem deutschen Volk anders übrig, als den Versuch zu machen, sich gemeinwirtschaftlich zu organisieren, d. h. also gerade denjenigen Weg zu beschreiten, den früher die Verbandsstaaten mit dem größten Mißtrauen und den größten Befürchtungen in bezug auf die Folgen für ihr Land betrachteten? Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens soll in den wirtschaftlich denkenden Kreisen unserer Feinde mit dem nunmehr zusammengebrochenen preussischen Militarismus verglichen werden. Eine gewisse Wahrheit liegt in diesem Vergleich, denn ohne Frage könnte eine Gefahr für den Frieden der Welt entstehen, wenn an Stelle eines nationalökonomischen Kapitalismus ein nationalökonomischer Sozialismus treten würde, wenn der Nationalismus sich als Waffe, als eine Armee eine bis auf letzte durchorganisierte Wirtschaft schaffen würde. Jeder Druck erzeugt Gegenruck. Wenn Deutschland sich in der Vergangenheit infolge seiner ungünstigen geographischen Lage mit künstlich organisierten und sich deswegen das kritische Mißtrauen seiner Nachbarn zuzog, so sollten diejenigen, die diese schweren wirtschaftlichen Bedingungen gegen Deutschland ausgeübt haben, sich wohl der Gefahr bewußt sein, daß auch diese neuartige Politik ihre Folgen

haben muß, und daß dieser neue Druck Gegenruck erzeugt. Dann würde allerdings die neue Entwicklung der wirtschaftlichen Struktur, deren Anfänge wir hier in Deutschland erleben, sich nicht in friedlicher Evolution vollziehen, sondern sie würde fraglos eine Revolution der Volkswirtschaftsanschauungen bedeuten und Zustände herbeiführen, wie sie gerade die Kapitalisten in England und Amerika, die heute die Entwicklung in Deutschland mit Mißtrauen betrachten, zu vermeiden wünschen.

## Die Betriebsräte.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte ist dieser Tage veröffentlicht worden. Die darin den Betriebsräten zugewiesenen Aufgaben halten sich in dem Rahmen der die Arbeitnehmer unmittelbar betreffenden wirtschaftlichen Fragen, also aller Angelegenheiten, zu welchen dieselben Beiträge leisten, und aller Verhältnisse, aus welchen ihnen Rechte entspringen. Die Betriebsräte sollen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber wahrnehmen, also kurz gesagt dafür da sein, daß dem Arbeiter sein gesetzliches und tarifliches Recht innerhalb des Betriebes geschieht und er gegen Unbilligkeiten geschützt sein soll. Auf der anderen Seite ist ihnen ausdrücklich auch die Aufgabe zugewiesen, den Arbeitgeber bei der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen, ihm durch Rat an Hand zu gehen und einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistung herbeiführen zu helfen. Der Charakter des Betriebsrates als Vertrauensauskunft, welchem es obliegt, ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzustreben, ist in der Hauptsache gewahrt. Der Arbeitgeber soll nur verpflichtet sein, dem Betriebsrat solche Auskünfte zu erteilen — und zwar nur insoweit als geschäftliche Geheimnisse berührt werden —, welche sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft unmittelbar beziehen, zunächst auf Wunsch die Lohnbücher aufzulegen und dann auch über den Stand der vorhandenen Aufträge Auskunft geben. Die Mitglieder des Betriebsrates sind jedoch zum Stillstehen verpflichtet.

Einen breiten Raum nehmen die Bestimmungen über Anstellung und Kündigung der Arbeitnehmer ein. Bei größerem Umfang von solchen ist der Betriebsrat zu unterrichten und anzuhören, bei einzelnen Einstellungen und Entlassungen ist eine vom Betriebsrat ernannte Vertrauensperson in Kenntnis zu setzen. Ob letztere Bestimmung die Zustimmung der Industriekreise finden kann, werden die maßgebenden wirtschaftlichen Verbände zu prüfen haben, denn dieselbe ist hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Disziplin nicht ohne schwerwiegende Bedenken, besonders für die Verhältnisse der kleineren und mittleren Betriebe. Die in der Presse wiederholt als besonders wichtig hervorgehobene Bestimmung, daß den Betriebsräten keine Einwirkung auf die kaufmännische und technische Leitung eingeräumt werden soll, ist bedauerlich. Dagegen ist ihnen die Verwaltung der Wohlfahrts Einrichtungen unterstellt.

Der Betriebsrat soll ferner als Vermittlungsbehörde und Einigungsamt bei beschäftigten Arbeitseinstellungen tätig sein. Hierbei wird allerdings eine Bestimmung betr. Arbeitseinstellung vielleicht auf grundsätzlichen Widerspruch in gewerblichen Kreisen stoßen. Die Streikregelung wird mittelbar dadurch begünstigt, daß der Betriebsrat die offizielle Aufgabe haben soll, bei einer beschäftigten Arbeitseinstellung eine geheime Abstimmung der Arbeitnehmer, welche an derselben teilnehmen wollen, herbeizuführen. Auf der anderen Seite ist indessen nicht zu verkennen, daß eine solche Einrichtung unüberlegte, sachlich und wirtschaftlich unbedingte Streiks durch Auflösung der beispornigen Elemente hintanhaltet und bei politischen Streiks mächtig und beruhigend einwirken kann, wenn der Betriebsrat seine Aufgabe als soziales Versöhnungsorgan in friedfertiger Weise aufzufaßt. Auch hier wird es Sache der wirtschaftlichen Verbände sein, durch Gekendmachung ihrer Anschauungen und Forderungen die endgültige Gestaltung des Gesetzes entsprechend zu beeinflussen.

Bedenklich erscheint die Bestimmung, daß schon in Betrieben von 20 Arbeitnehmern ein Betriebsrat zu bilden ist, und zwar für alle Betriebe der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels und des Verkehrs und auch der freien Berufe. Die Frage wird die gesetzgebende Körperschaft ernstlich beschäftigen müssen, ob dem Handwerk und den sonstigen Kleinbetrieben eine solche Erschwerung des Geschäftslebens nicht erspart bleiben kann und ob nicht vielmehr die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Handwerks und der Kleinbetriebe in Gemeinde-Arbeitsräte zusammenzufassen sind.

Solche Gemeindebetriebsräte für die kleineren Betriebe würden einerseits den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft völlig Genüge leisten und auf der anderen Seite würde hierdurch in den Gemeinden eine wertvolle wirtschaftliche Vertretung der Arbeitnehmer geschaffen.



## Die Ministerliste der neuen Republik.

Die anonymen Ausschüsse präsentieren folgende Männer als die berufenen Vertreter der neuen Republik:  
Dr. Dörten, Staatsanwalt, Vörsitz.  
Edermann, Justizrat, Justiz.  
Dr. Klingelschmitt, Mainz, Kunst und Wissenschaft.  
Klaus Kremer, Wiesbaden, Oberlehrer, Kultus.  
Kraemer, Arbeitersekretär, Volksbeauftragter.  
Dr. Liebing, Weissenau, Amtsgerichtsrat, Finanzen.  
Mönnikes, Aachen, Inneres.  
Mathias Salm, Landwirtschaft und Volkswirtschaft.

## Rundgebung der vorläufigen Regierung.

Nachdem die Unterzeichneten von den Ausschüssen mit der Wahrung der Regierungsgeschäfte betraut sind, übernehmen sie hiermit die Regierungsgewalt. Die Behörden haben von den preussischen, bayerischen, heftischen und oldenburgischen Zentralregierungen keine Befehle mehr anzunehmen. Sie empfangen ihre Weisungen von der vorläufigen Regierung, die ihren Sitz im Landeshaus in Wiesbaden genommen hat. Die amtlichen Bekanntmachungen der vorläufigen Regierung sind bis auf weiteres von sämtlichen Zeitungen zu veröffentlichen.

Dr. Dörten, Edermann, Dr. Klingelschmitt,  
K. Kraemer, A. Kraemer, Liebing,  
Mönnikes, Salm.

**Elektromotoren  
Dynamos  
Ventilatoren  
Pumpen  
Transmissionen**  
für landwirtschaftliche u.  
gewerbliche Anlagen.

Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft,  
(Inh. Heinrich Müller)  
Fernsp. 623 u. 441 Wiesbaden, Helenenstr. 26.

## Der Zucker.

Trotz aller Aufklärungen macht sich in der Bevölkerung und in der Presse immer wieder eine Verunsicherung über angebliche Zuckermiswirtschaft bemerkbar. Demgegenüber schreibt das Reichsernährungsministerium: Infolge des Krieges (Arbeitsverhältnisse, Düngermangel, Verkehrsschwierigkeiten, Kohlenmangel) ist die deutsche Zuckererzeugung gegenüber dem Frieden etwa auf die Hälfte herabgegangen. Im laufenden Jahre ist der Rückgang besonders groß gewesen, weil sowohl die Ernte wie die Verarbeitung der angebauten Zuckerrüben durch die Folgen des Waffenstillstandes und der Umwälzung stark beeinträchtigt wurde und weil die teilweise Befreiung deutschen Landes, besonders der stark zuckererzeugenden Provinz Posen, einen sehr erheblichen Ausfall an erntefähigem Zucker zur Folge hatte (Rohzuckererzeugung 1913-14 rund 42 Millionen Zentner, 1917-18 rund 30 Millionen Zentner, 1918-19 rund 25 Millionen Zentner). Der Gesamtanfall des laufenden Jahres übersteigt ganz wesentlich die Einsparungen, die sich aus der Demobilisierung ergeben.

Der Verbrauch im Inland ist gegenüber Friedenszeiten nicht gesunken; er ist in einzelnen Gegenden und Bevölkerungskreisen gestiegen. Die gleichmäßige Verteilung des Zuckers auf den Kopf der Bevölkerung zwingt an vielen Stellen zur Einschränkung gegenüber dem Friedensverbrauch. Dazu kommt eine ungeheure Steigerung des Verbrauchs an Marmelade und Konfekt infolge des Mangels an Butter, Schmalz und Margarine. Für diese Industrien sind mehr als 6 Millionen Zentner, also fast ein Viertel des gesamten Vorrats, zur Verfügung gestellt. Den Mehrbedarf zu befriedigen, ist in diesem Jahre leider ebenso wenig möglich wie die Ausgabe von Einmachezucker. Die Kopulation an Mundzucker soll, wenn irgend möglich, aufrecht erhalten werden.

Von Zuckermiswirtschaft kann keine Rede sein. Für die Verteilung von Süßigkeiten wird im Interesse der Aufrechterhaltung von 1400 Betrieben mit 25 000 Arbeitern eine Zuckermenge gegeben, die auf den Kopf der Bevölkerung im ganzen Jahre wenig mehr als ein Pfund ausmacht. Diese Menge kann daher ebenso wenig mit Recht beansprucht werden, wie die oft bemängelten Zuteilungen für Weinzerzeugung und Viehfütterung. Diese Zuteilungen sind dem Gesamtbeitrage nach (etwa 500 000 Zentner) nicht groß und unentbehrlich, weil der Wein 1918-19 ohne Zuckermenge zum großen Teil unverwertbar gewesen wäre, und weil ohne Zuckermenge die auch für die Obstbaumbeurteilung wichtige Viehzucht vernichtet werden würde. Zur Ausfuhr wird Zucker nur verwandt, soweit er in zuckerhaltiger Ware (Kondensmilch usw.) wieder hereinkommt.

Die im Schleichhandel betriebenen Zuckermengen können natürlich nicht festgestellt werden, werden aber offenbar überschätzt. Ein gestohlener Wagon Zucker ist für den Schleichhandel eine erhebliche, für den Gesamtinlandsverbrauch aber eine geringe Menge. Die Bekämpfung des Zuckerschleichhandels ist, wie die allen Schleichhändlern, sehr schwer, da die Schleichhändler mit allen Händen gehebt sind. Als Ausgangsstellen für den Schleichhandelszucker kommen die Zuckerraffinerien in Frage; diese sind schon im Interesse der Zuckerraffinerien genau kontrolliert. Der meiste Schleichhandelszucker kommt aus Verunreinigungen, besonders aus Diebstahl und Raub, auch kommt es vor, daß Betriebe, die Zucker zur Verarbeitung zugeteilt erhalten, ihn zum Teil zu unerlaubter Verwendung abgeben. Besonders ärgerlich ist das Auftreten von Schleichhandelszucker in Lagerswaren, z. B. in Süßigkeiten. Diese Auswüchse zu bekämpfen, ist Sache der örtlichen Polizei. Sie hat dabei eine ausgezeichnete Handhabe in der Verordnung über die Höchstpreise für Süßigkeiten, indem sie alle Verkaufsstellen, in denen Süßigkeiten über Höchstpreise abgesetzt werden, einfach schließen kann.

## Unsere Kolonien.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Kolonien läßt bestehende Statistiken erkennen, welche den Ausfuhrhandel des letzten Berichtsjahres (1913) im einzelnen und nach Gruppen getrennt wiedergibt. Im Ausfuhrhandel unserer Kolonien stand damals Deutsch-Südwestafrika mit 69,1 Millionen Mark an der Spitze. Es folgten: Ruanda (58,9 Mill.), Deutsch-Ostafrika (33,5 Mill.), Kamerun (27,8 Mill.), Neu-Guinea (11,5

## Die Bedeutung der deutschen Kolonien.



Millionen), Samoa (5,2 Mill.) und Togo mit 4,9 Millionen Mark. Hoffentlich gelingt es den deutschen Unterhändlern in Versailles, die von der Entente geplante Zurückbehaltung der deutschen Kolonien im wesentlichen zu verhindern, denn ihre Bedeutung für Deutschland schon im Hinblick auf den durch den Krieg hervorgerufenen Mangel an Rohstoffen (vor allem für die Textilindustrie) ist heute gegen die Friedenszeit ganz erheblich gesteigert.

## Die Friedensfrage.

### Saase will unterzeichnen.

Der Berliner Vertreter der „Daily Mail“ meldet, der Führer der Unabhängigen, Saase, habe ihm folgendes erklärt: Wenn sich die heutige deutsche Regierung endgültig weigert, die Friedensbedingungen zu unterzeichnen, und wenn die Alliierten dann einmarschieren, werden die Unabhängigen sofort einen Versuch machen, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und eine Regierung zu bilden, die unterzeichnen wird. Aber ich erwarte den Frieden in 14 Tagen.

### Die deutsche Presse.

Verschiedene Berliner Blätter sprechen von einer Entspannung in Paris. Der Berliner Berichterstatter der „Post“ sagt, es scheine ein Wettkampf vorhanden, Deutschland in vorzüglicher Form den guten Willen zu zeigen. Die bisherige zurückhaltende deutsche Note werde in den meisten Blättern ausführlich veröffentlicht. Die persönliche Autorität Brockdorff-Ransau werde nicht ohne Sympathie hervorgehoben. Im „Tagblatt“ heißt es aus Versailles, aus verschiedenen Beobachtungen sei zu schließen, daß sich zurzeit eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den Fortschritt zwischen den Alliierten abspiele.

### Der Frieden mit Oesterreich.

In Saint Germain wurden am Montag die Friedensbedingungen für Oesterreich mit Ausnahme der militärischen Bedingungen und der Bedingungen, die die Wiederherstellung, die finanziellen Regelungen und gewisse Grenzfragen betreffen, an die österreichischen Delegierten überreicht. Soweit die Bedingungen noch nicht vorliegen, sollen sie so schnell wie möglich ergänzend überreicht werden. Der Bequemlichkeit halber ist der Friedensvertrag mit Oesterreich genau so eingeteilt, wie der für Deutschland und an vielen Stellen wörtlich mit ihm übereinstimmend. Durch den Vertrag wird Oesterreich ein Staat von 125 bis 150 000 Quadratkilometern mit ungefähr 6 Millionen Einwohnern. Es erkennt die vollständige Unabhängigkeit Ungarns und den tschecho-slowakischen, sowie den serbo-kroatisch-slowenischen Staat an und tritt andere Gebiete, die früher mit ihm zusammen die österreichische Monarchie gebildet haben, ab. Der Abschnitt 2 behandelt die Grenzen. Die nördlich gegen die Tschecho-Slowakei folgt den alten Verwaltungsgrenzen, die die Gebiete Böhmen und Mähren von Ober- und Nieder-Oesterreich trennten, mit einigen kleinen Berichtigungen, vor allem in der Gegend von Gmünd und Felsberg und längs des Morawa-Flusses. Die Südgrenze gegen Italien und den kroatisch-slowenischen Staat soll später von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten festgelegt werden. Im Osten verläuft die Grenze östlich von Bleiburg und überschreitet die Drau nicht oberhalb der Lavant. Von dort wird sie nördlich der Drau weiter verlaufen, so daß der serbo-kroatisch-slowenische Staat Marburg und Radkersburg erhält und gerade nördlich von Radkersburg in die ungarische Grenze einmündet. Die westliche und nordwestliche Grenze mit Bayern, die westliche mit der Schweiz und die südliche mit Ungarn bleiben unberührt. Im Abschnitt 3 erkennen die vertragsschließenden Teile die Grenzen Bulgariens, Griechenlands, Ungarns, Polens, Rumäniens, des serbo-kroatisch-slowenischen Staates und des tschecho-slowakischen Staates an, die jetzt oder später festgelegt werden. Oesterreich verzichtet zugunsten der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel über die Gebiete, die

früher ihm angehört und jetzt anderen Staaten zugewiesen sind. Es erkennt die vollständige Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Staates einschließlich des autonomen Gebietes südlich der Karpaten an. Die genaue Grenze zwischen Oesterreich und dem neuen Staate wird von einem Ausschuss aus sieben Mitgliedern festgelegt, von denen fünf von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten und je eines von Oesterreich und der Tschecho-Slowakei ernannt werden.

### Das Arbeiterrecht.

In einer Antwortnote Clemenceaus auf deutsche Gegenanträge hinsichtlich der internationalen Regelung des Arbeiterrechts wird erklärt, daß die Vertreter Deutschlands in kurzer Zeit mit gleichen Rechten in die internationale Arbeiterkonferenz aufgenommen werden würden.

### Mündliche Verhandlungen?

Der Pariser Korrespondent des „Daily Herald“ meldet: Hier neigt man zu der Ansicht, daß die Alliierten die deutschen Gegenanträge als Grundlage für erste Besprechungen annehmen könnten. Er erfährt, daß drei Mitglieder des Vierzerrats willens sind, mündliche Besprechungen zuzulassen. Es bestünde also damit Aussicht auf weitere Verhandlungen, und es sei auch sehr gut möglich, daß Deutschland in der Frage der westlichen Grenze wichtige Zugeständnisse gemacht werden.

### Ablehnung?

Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß von Clemenceau im Namen der Alliierten auf die deutschen Gegenanträge zu erteilende Antwort in einer begründeten Ablehnung bestehen wird. Deutschland müsse die Bedingungen vor dem 15. Juni annehmen.

### Der Völkerverbund.

Laut einer Meldung der „Times“ aus Washington haben die Führer der republikanischen Partei im Senat beschlossen, der Friedenskonferenz ihre bestimmten Wünsche zu übermitteln, daß der Friedensvertrag vom Völkerverbundvertrag abgetrennt wird.

### Abrüstung.

Der „Temps“ meldet, daß der Vierzerrat die bewaffnete Macht der Mittelmächte, und zwar aller Nationen in Mitteleuropa, einer starken Einschränkung unterziehen wird. Tschecho-Slowakei wird man verbieten, mehr als 50 000 Mann unter den Fahnen zu halten.

### Die Rume-Frage.

Der bisher an der Friedenskonferenz beschäftigte Verspannungsminister Crespi wird nach dem „Corriere della Sera“ wahrscheinlich durch den Unterstaatssekretär Conti ersetzt werden.

Aus Paris wird gemeldet: Es verlautet, daß Paschisch und Trumbitsch in eine Besprechung mit der amerikanischen Friedensordnung zugestimmt haben, daß zwischen Südslawien und Italien ein Pufferstaat gebildet wird, und daß die Enklave von Fiume dieser Pufferstaat sein wird. Die südslawischen Abgeordneten haben jedoch einen Vorbehalt bezüglich der Begrenzung dieses Gebietes gemacht.

## Allelei Nachrichten.

### Die Leiche Rosa Luxemburgs gefunden.

Eine Nachricht, daß die Leiche Rosa Luxemburgs im Landwehrkanal in Berlin gefunden worden ist, wird an größtändiger Stelle bestätigt. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, der den Vorschlag im Projekt Leichenbestattung machte, konsultierte mit dem Reichswestminister Regle über die durch die Auffindung der Leiche geschaffene Lage. — Der „Vorwärts“ berichtet: Am Laufe des Sonntags ist die Leiche der Frau Rosa Luxemburg durch ein militärisches Kommando aus dem Schanzenhaus entfernt und nach Jossen gebracht worden. Erst am Laufe des Sonntags Nachmittags wurde dem Untersuchungsrichter im Falle Rosa Luxemburg, Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, vom Polizeipräsident mitgeteilt, daß vermutlich der Körper der Frau Luxemburg an der Freiarchen-Brücke gefunden und nach dem Schanzenhaus gebracht worden sei. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt begab sich zum Reichswestminister und wurde von dem Adjutanten Roskes, Major von Giffa, empfangen, und dieser bestätigte dem Untersuchungsrichter, daß in der Tat die aufgefunden Leiche nach Jossen geschafft worden sei, um die Sektion nicht zu stören und um politische Demonstrationen zu vermeiden. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt protestierte sofort in schriftlicher Weise gegen den Eingriff des Reichswestministers in das Amt des Richters. Als Untersuchungsrichter habe nur er das Recht, über die gefundene Leiche zu verfügen und deren Sektion anzunehmen.

### Von König Ludwig.

Der „Daily Express“ meldet aus Genf: Der bejahrte frühere König von Bayern zeigt Zeichen geistiger Unmuth. Ein ärztlicher Spezialist aus München ist in Jizers eingetroffen. Auch Kronprinz Rupprecht wird aus Luzern erwartet.

### Bayerischer Landtag.

Der bayerische Landtag hielt am Montag in Gegenwart des Gesamtministeriums die langverwartete politische Aussprache. Nach der Bildung eines aus allen größeren Parteien zusammengesetzten Ministeriums fiel naturgemäß diese Aussprache anders aus, als sie im Anschluß an eine demokratische Interpellation über die Ministerregierung noch vor zehn Tagen sich gestaltet haben würde. Ministerpräsident Hofmann legte eine Art Serlenbeichte über seine bayerische Regierungstätigkeit, über sein anfängliches Zurückschrecken vor dem Bürgerkrieg und über die Aktion gegen München ab, wonach nun auch die Milde gegen die Verführer nicht vergesen werden dürfe. Warme Worte für die Wähler, das Bekenntnis Bayerns zum Reich und der Wille, arbeitend aufzubauen, wenn ein erträglicher Friede zustandekomme, schlossen die Ausführungen des Ministerpräsidenten.

Gegenüber der Forderung der Opposition im bayerischen Landtag teilte der Ministerpräsident mit, es sei vor geraumer Zeit dem König und den Mitgliedern des bayerischen Reichstages gesagt worden, daß ihrem Wunsch in Bayern kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Staatsrat Keller teilte als Finanzminister mit, daß bis zum Ende des Jahres die Schuld Bayerns bei der Staatsbank einen ungeheuren Betrag von 800 Millionen Mark aufweisen werde, zu deren Deckung dem Landtag neue Vorschläge zugehen werden.



## Ausgewiesen.

Die bayerische Regierung in Bamberg best. ä. die Nachricht, daß der bayerische Regierungspräsident in der Rheinpfalz, von Winterstein, aus der Pfalz ausgewiesen worden ist.

## Einigung der Sozialdemokratie?

Mitglieder der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen haben sich nun geteilt, vom 21. bis 23. Juni im Sitzungssaal des Herrenschauspiels in Berlin zusammenzutreten, um über die Möglichkeit, eine Einigung der gesamten Sozialdemokratie herbeizuführen, zu beraten. Die Veranstalter dieser sozialistischen Tagung aus den beiden Lagern sind sich in der entschiedenen Verfechtung des Rätegedankens einig und werden wohl auch in der härteren Bewertung des Rätegedankens die Einigungsgrundlage für die beiden Richtungen finden.

## Der „Manchester Guardian“ für die Verständigung mit Deutschland.

\* Rotterdam, 31. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet, es bestünde die Möglichkeit, daß die deutschen Gegenentwürfe verständigerweise behandelt werden. Man müsse bedenken, daß das französische Volk den Frieden wolle. „Manchester Guardian“ hat in einem Leitartikel für den Verhandlungsfrieden ein und fordert die Volksabstimmung in den strittigen Gebieten, sowie die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

## Ein selbständiger ostdeutscher Staat?

\* Bromberg, 29. Mai. Wie der Telegraphen-Union und Westpreußen mitgeteilt wird, trägt man sich mit dem Gedanken, Ostpreußen und Westpreußen bis zur Weichsel als einen selbständigen Staat unter der Präsidentschaft des Bischofs von Ermland errichten zu lassen. Seine Selbständigkeit hat das Bistum Ermland jahrhundertlang behauptet. Der jetzige Bischof entstammt einer demokratischen Familie und ist bekannt wegen seiner Toleranz gegen Menschen und Bäume.

## Zur Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

— Eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 30. Mai bestimmt, daß bei Kündigungen von Angestellten nicht nur in den im § 9 der Verordnung vom 24. Januar vorgesehenen, sondern in allen Fällen der Angestelltenauswahl oder die sonstige Angestelltenvertretung zur Mitwirkung herangezogen werden muß. Von dieser Vergünstigung werden auch die Angestellten betroffen, deren Entlassung zum 31. Mai ausgesprochen war.

— Nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministers kann die Frist für die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse allgemein bis zum 30. Juni 1919 verlängert werden. Steuerpflichtige mit Vermögen von weniger als 10 000 Mark sollen zur Aufstellung und späteren Einreichung des Vermögensverzeichnisses nicht angehalten werden. Bei Vermögen (einschl. Schuldbuchforderungen) wird auf die Festlegung von Kurs- (Steuer-)wert und die Gesamtsumme verzichtet. Bei verschiedenen großen Stücken der alten Wertpapiere genügt in der Spalte „Stückzahl“ die Eintragung „Diverse Stücke“. In Spalte „Reinwert“ ist unter allen Umständen nicht der Reinwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

— Dem Vorstehen des Staatenschauspiels ist ein Schreiben des Volksrats von Neuchâtel, in dem die Vereinigung der beiden Teilkantone Neuchâtel und Val de Saaz laut einstimmigem Beschluß des gemeinsamen Landtages mitgeteilt wird. Am Schluß des Schreibens vertritt der Volksrat Neuchâtel den Gedanken des einheitlichen deutschen Volksstaates.

— Das Buch des früheren Reichsanzlers von Helldorf, „Hollweg unter dem Titel Betrachtungen zum Weltkrieg“ wird Anfang Juni in Berlin erscheinen.

— Der Reichspräsident empfing am Samstag einen Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“, der ihm Mitteilungen über die politische Lage. Dabei sagte er u. a.: In der feindlichen Presse wird öfter die Meinung vertreten, daß bei Aufrechterhaltung der von dem Verbande vorgeschlagenen Friedensbedingungen das heutige Ministerkabinett zurücktreten und durch andere, zur Unterschrift bereit Männer übernommen werden würde, sodaß dann die Schwierigkeiten schnell behoben werden würden. Hierbei wird vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsregierung der Friedensschluß durch Reichsversammlung erfolgen muß, also durch Überstimmung von Nationalversammlung und Staatenschauspiel. Die Nationalversammlung hat sich aber bis zur erdrückenden Mehrheit für den Standpunkt der Regierung ausgesprochen. Der Staatenschauspiel stellte sich einmütig auf dem Boden, sodaß ich mir nicht vorstellen kann, wie es in dieser Frage anders denkendes Kabinett das von der Verfassung notwendige Vertrauen der Nationalversammlung finden könnte. Ein anderes Kabinett wäre nur möglich, wenn die demokratischen Errungen der Revolution, aus denen die Nationalversammlung hervorging, beseitigt würden.

— Zahlreiche erneut eingelaufene Anfragen, was die Abfindung anlässlich der Heeresverminderung aus dem Dienst der Offiziere beabsichtigt, veranlaßt das Kriegsministerium nochmals zu der Erklärung, daß für Beurlaubung kein Anlaß gegeben ist. Das hierbei vorbereitete Abfindungsgesetz unterliegt der vorgeschriebenen Mitwirkung der anderen in kommenden Ministerien. Eine Veröffentlichung wird zunächst, um nicht Hoffnungen zu erwecken, nicht in Erfüllung gehen und die Rüstungsumstellung umschlagen.

— An Stelle des Herrn von Staudt wurde Geheimrat v. Cossel zum Regierungspräsidenten von Ost- und Westpreußen ernannt. Der Regierungspräsident von Ostpreußen ist Herr v. Cossel verlegt worden.

### Ungarn.

Das „Neue Wiener Tageblatt“ erhält aus Budapest die Meldung, die ungarische Räteregierung habe bereit erklärt, zurückzutreten, um einer

Regierung Platz zu machen, an deren Spitze Garatti stehen soll. Garatti gehört zu dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei und war Handelsminister im Kabinett Michael Károlyi. Die neue Räteregierung soll im Einvernehmen mit der Szegediner Gegenregierung vor sich gehen und ist jedenfalls auf ein Abrücken des größten Teiles der Arbeiterkassen von der kommunistischen Partei zurückzuführen.

## Nassauische Landesbank u. Sparkasse im Jahre 1918.

○ Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Direktion der Nassauischen Landesbank teilen wir folgendes mit:

Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Jahre fand wie in den Vorjahren ganz unter dem Einfluß der durch den Krieg geschaffenen besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse. Das Währungsstillstandskommen und die Revolution zeitigten besondere Erscheinungen auf dem Gebiet des Geldverkehrs, die hauptsächlich durch starke Abhebungen im Spar- und Kontokorrentverkehr bemerkbar machten.

Der in dem letzten Jahre bereits festgestellte starke Geldzufluß erhöhte sich in erheblichem Maße. Die Geldflüssigkeit war für den Abschluß der Landesbank-Schuldverschreibungen von günstigem Einfluß. Es wurden im ganzen rund 25,5 Millionen Mark abgesetzt und zwar hauptsächlich 4%ige zu steigenden Kursen.

Erheblich stärker war der Zugang der Spareinlagen, der eine bisher niemals erreichte Zunahme des Einlagebestandes um rund Mk. 70 000 000 — erbrachte, so daß sich der Einlagebestand Ende 1918 auf 277 Millionen Mk. erhöhte.

Gleichfalls in bisher nicht erreichtem Maße wuchs der Betrag der Depósitos- und Kontokorrent-Gelder, die um 35 Millionen Mk. zunahm und damit einen Bestand von 88 Millionen Mk. erreichte.

Sehr erheblich war die Zunahme der offenen Depôts, deren Reinwert sich um 34 Millionen auf 282 Millionen Mk. erhöhte, während die Postenzahl der Depôts um 2683 auf 23 745 stieg.

Auch die Anlagentätigkeit fand ganz unter dem Einfluß der durch den Krieg geschaffenen besonderen Lage. Die Nachfrage im Hypothekengeschäft war gering. Dagegen verstärkten sich die Rückzahlungen noch gegenüber dem Vorjahre, so daß eine Verminderung des Hypothekenbestandes von Landesbank und Sparkasse um insgesamt 8 Millionen Mk. eintrat.

Im Vordergrund standen demgegenüber die eigentlichen Kriegsaufgaben, nämlich in erster Linie die Beteiligung an der Zeichnung und die Vermittlung fremder Zeichnungen auf die 8. und 9. Kriegsanleihe. Es konnten insgesamt gezeichnet werden:

auf die 8. Kriegsanleihe 62,8 Mill. Mk. in 77 006 Posten auf die 9. Kriegsanleihe 45,6 Mill. Mk. in 29 970 Posten zusammen für alle Zeichnungen 432 Millionen Mk. in 445 176 Posten. Eine weitere wichtige Aufgabe bildet die Gewährung von Vorschüssen an Gemeinden, Kreise und sonstige Kommunalverbände, die eine Höhe von 93 Mill. Mk. erreichten.

Aus den Betriebsüberschüssen mußten erhebliche Beträge für die Ergänzung der Rücklagen und für die Abschreibung auf Wertpapiere verwendet werden. Zur Verfügun des Kommunalverbandes bleiben Mk. 600 000.— Von weiteren Kriegsaufgaben seien noch erwähnt: Die Verwaltung der Nassauischen Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit für Kriegsteilnehmer und die Verwaltung der Kriegshilfskassen für die selbständigen Kriegsteilnehmer des Mittelrheins.

Infolge der durch das Geldmangel hervorgerufenen Knappheit an Geldzeichen entschloß sich der Bezirksverband zur Ausgabe eines Kriegsnotegeldes unter Vermittlung der Nassauischen Landesbank. Es wurden bis zum Jahreschluß etwa 6 Millionen Mk. in 5, 10, 20 und 50 Mark-Scheinen in den Verkehr gebracht. An Stelle des bisherigen Landesbankgesetzes vom 6. April 1902 trat am 1. Oktober 1918 die vom Kommunalverband am 10. Mai 1918 beschlossene durch königliche Verordnung vom 5. September 1918 genehmigte Satzung der Nassauischen Landesbank und der Nassauischen Sparkasse, die u. a. die Ausdehnung der Beleihungsgrenze für Hypotheken von 50 auf 60%, des Wertes und die Hergabe zweiter Hypotheken bis zu 75% des Wertes gegen Gemeindebürgschaft gestattet.

Die Nassauische Lebensversicherungsanstalt wurde unter Ausdehnung ihres Geschäftsgebietes auf den Regierungsbezirk Cassel zu einer Hessen-Nassauischen Lebensversicherungsanstalt ausgebaut, deren Verwaltung durch die Direktion der Nassauischen Landesbank und der Landesbankkassens in Cassel unter Beteiligung der Kommunalverbände der beiden Regierungsbezirke geführt wird, während die laufenden Geschäfte durch den Direktor Dr. Weitz wahrgenommen werden.

## Lokale u. Vermischte Nachrichten.

### Steuerverhältnisse.

\* Eltville, 3. Juni. Für die Folge werden hier erhoben: 150 Prozent Einkommensteuer, 150 Prozent Gewerbesteuer, 100 Prozent Betriebssteuer und 2% Grundsteuer.

### Landwirtschaftskammerwahlen.

\* Rüdesheim, 3. Juni. Die stattegehabten Wahlen zur Landwirtschaftskammer in den Kreisen Rheingau und St. Goarshausen hatten folgendes Ergebnis: Rheingaukreis. Wiedergewählt: Landesökonomierat Ott-Rüdesheim; neu gewählt: Landwirt August Eitlingshausen-Dattenheim. Kreis St. Goarshausen: Wiedergewählt: Landrat a. D. Berg-St. Goarshausen und Bürgermeister Wiegand-Schmiedhofen.

### Eröffnung des Bades Langenschwalbach.

\* Bad Langenschwalbach, 1. Juni. Das Stahl-, Moor- und Nervenbad Langenschwalbach im Taunus, Bräutlepf Pfalz, eröffnete am 1. Juni seinen vollen Betrieb. Die französische Verwaltung ist der Stadt weitgehend entgegengekommen. Sie erkennt, daß die einzige Industrie

des Ortes nicht unterbunden werden darf. Auch für Verpflegung ist gut gesorgt.

### Rheindampfer als Lazaretttschiffe.

+ Vom Mittelrhein, 3. Juni. Von der englischen Behörde wurden die Salon- bzw. Oberdeckboote „Undine“ und „Niederwald“ der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu Lazaretttschiffen bestimmt. Die beiden Dampfer tragen am Mast die weiße Fahne mit dem roten Kreuz und den Vermerk Station Köln.

### Zur Warnung.

\* Am 24. Mai wurde der deutsche Staatsangehörige, Max Schneider, von einem französischen Grenzposten erschossen, als er versuchte 21 Pakete mit 42 Kilogramm Schokolade über die Grenze zu schmuggeln, um sie nach Frankfurt zu bringen. Der Posten hatte mehrere Schmuggler angehalten und festgestellt, daß sie keine Reise-Ausweise besaßen. Auf seine Aufforderung, ihn auf die Wache zu begleiten, flohen die Leute. Da aber die Ruffläute auf die übliche Aufforderung nicht stehen blieben, schoß zuerst der Posten zwei Schüsse in die Luft ab, und als er sah, daß die Warnung nicht nachkam, gab er dem dritten Schuß ab und verletzte den Schneider am Unterleib. Der Verwundete starb drei Stunden später. So bedauerlich solche Vorfälle auch sein mögen, gereicht es dem Posten zur Ehre, seine Pflicht erfüllt zu haben. Die Schmuggler werden jeden Tag zahlreicher und auch verwegener, sodaß die französischen Militär-Behörden, trotz ihres Wohlwollens, derartige Verletzungen ihrer Befehle nicht dulden können. Es liegt ebenfalls im Interesse der ganzen Bevölkerung, diesem Treiben ein Ende zu machen. Die Verwaltungsbehörden werden die Einwohner auf die Gefahren aufmerksam machen, welche sie sich durch diese Nichtbefolgung der gegebenen Befehle und durch Ungehorsam gegenüber den Posten aussetzen.

Vogels Flucht. In der Angelegenheit der Flucht des Oberleutnants Vogel wird von maßgebender Seite nach eingehender Wiedergabe des ganzen Sachverhalts der in der Presse gegen die Poststelle des Auswärtigen Amtes erhobene Vorwurf, daß die Identität des auf dem Bureau Erschienenen mit der auf der Photographie dargestellten Persönlichkeit nicht nachgeprüft habe, zurückgewiesen. Die Prüfung ist allein Sache der Polizeibehörde und hatte nach den Angaben des gestrichenen Vorgesetzten bereits stattgefunden. Der Bericht des deutschen Gesandten im Haag besagt, daß die Nachrichten über den Aufenthalt Vogels unter dem Schutze oder bei der Gesandtschaft frei erfunden ist. Inzwischen gehen die Nachforschungen in Holland weiter. Sobald genügend Unterlagen vorhanden sind, wird das Auslieferungsverfahren bei der holländischen Regierung beantragt werden.

Kapitänleutnant von Müde, der Erste Offizier der „Emden“, hat nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ seine Marinelaufbahn aufgegeben und ist als Landgutsbesitzer auf dem Gut Eldena bei Greifswald eingetreten.

Die Festung Mainz wird mit dem Friedensschluß aufhören zu bestehen. Schon gegenwärtig werden die ausgedehnten modernen Festungswerke dem Erdboden gleichgemacht bzw. zugehüht.

Wertpapierschmuggel. Nach englischen Meldungen werden aus Ungarn und Österreich große Mengen Wertpapiere nach der Schweiz geschmuggelt. Reiche Ungarn schicken Wertpapiere mit Flugzeugen nach Wien, von wo sie durch neutrale Vermittlung nach der Schweiz gehen. Man behauptet, daß bereits über 200 Millionen Pfund Sterling auf diesem Wege fortgegangen sind. Auch werden viele österreichische Banknoten nach Prag geschmuggelt, wo man sie gegen ein halb Prozent abliefern lassen kann, wodurch sie 50 Prozent mehr Wert erhalten als in Österreich selbst.

In geistiger Umnachtung. Aus Nördlingen in Bayern wird berichtet, daß der fürstliche Oberförster Bogler in geistiger Umnachtung seine Ehefrau, seine drei Kinder und dann sich selbst erschossen hat. Er stand als Offizier im Felde und hatte eine sehr schwere Kopfverletzung davongetragen, die jedenfalls die Ursache des Leidens gewesen war.

## Weinzeitung.

— Kloster Eberbach i Rhg., 4. Juni. Die Preussische Domäne brachte hier 76 Kummern 1918er, 1917er und 1916er Weine aus dem Steinberg und Lagen der Gemarkung Hattenheim sowie Marcobrunner zur Versteigerung. Dabei wurden für das Stück 1918er Hattenheimer bis zu 20 220, 26 100, 30 100, 30 420, 32 080, 64 040 und 24 780 Mk., 1917er Steinberger 55 660, 58 760, 60 400 Mk., 1916er Steinberger 98 200, 100 200 Mk. erzielt. Im übrigen kosteten 52 Halbfüß 1918er Steinberger 8830—14 120 Mk., 12 Halbfüß Hattenheimer 8310—10 110 Mk., 2 Halbfüß Gräfenberger 18 050, 15 080 Mk., 4 Halbfüß Marcobrunner 15 210—17 390 Mk., zusammen 795 800 Mk., durchschnittlich das Halbfüß 11 369 Mk., 3 Halbfüß 1917er Steinberger 27 830, 29 380, 30 200 Mk., zusammen 87 410 Mk., durchschnittlich das Halbfüß 29 137 Mk., 2 Halbfüß 1916er Steinberger 49 100, 50 100 Mk., zusammen 99 200 Mk., durchschnittlich das Halbfüß 49 600 Mk. Der gesamte Erlös stellte sich auf 982 410 Mk. ohne Fässer. — In den drei diejährigen Weinversteigerungen der Preussischen Domäne in Rüdesheim, Eltville und hier wurden 1 645 510 Mk. erzielt.

+ Rierstein, 4. Juni. Ueber den Stand der Reben ist durchaus nicht zu klagen, da sie in der besten Weise sich bis jetzt entwickelt haben. In nächster Zeit werden auch in Rheinhessen verschiedene größere Weinversteigerungen stattfinden. Der freihändige Weinverkehr zeigt Leben. Erlöse wurden hier für 10 Stück 1918er 8 500 Mk., in Oßspfen für 20 Stück 7000 Mk., in Oppenheim für 7 Stück 8500 Mk., in Wörrstadt für 7 Stück 6800 Mk., in Wechheim für 8 Stück 7800 Mk., in Jugenheim für 8 Stück 6600 Mk., in Stadeln für 6 Stück 7000 Mk., in Mettenheim für 10 Stück 7500 Mk., in Alheim für 12 Stück 7500 Mk., in Nieder-Saulheim für 14 Stück 6500 Mk. das Stück.

### Der teuerste Wein.

\* Eltville, 4. Juni. Wie jetzt bekannt wird, sollen die indirekten Käufer des durch seinen in der Geschichte des Weinhandels unerhörten Preis weltberühmt gewordenen 1911er Marcobrunners Amerikaner sein.

Verantwortlich: Adam Etienne, Dörflich.



## Einladung.

Alle Weingutsbesitzer der Gemeinden Oestrich, Mittelheim, Winkel u. Johannisberg werden eingeladen, sich **Freitag, den 6. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr** in dem Lokale des Herrn Fritz Altenkirch, „Zum Rheingauer Hof“ in Winkel, zur Besprechung der Lohnfrage einzufinden.

**Mehrere Weingutsbesitzer.**

Die Rechnung der israelitischen Kultusgemeinde Eltville für 1918/19 liegt von heute ab bei dem Kultusrechner Wienstadt 8 Tage lang zur Einsicht der Kultusmitglieder offen.  
Eltville, den 30. Mai 1919.

**Der Kultusvorsteher.**

Ein großer Transport echter Oldenburger



**Ferkel und Läuferschweine**

eingetroffen bei

**Arthur Hallgarten, Mittelheim,**

Hauptstraße 23, 2 Minuten vom Bahnhof.

STATT KARTEN:

**KATHARINA SCHRAUB**  
**ADAM KARL NASS**

VERLOBTE

MAINZ  
KLEINE EMMERANSTR. 5

WINKEL i. Rhg.  
HAUPTSTRASSE 79

## Elektr. Kupferschnüre

für Zugpendel, Stehlampen, Kochapparate etc. zu billigsten Preisen.

**Flack, Wiesbaden, Luisenstr. 44, neb. Res.-Theater**  
Telephon 747 frei.

## Durchsichtige Passhüllen

(Celluloid) zu haben bei

**Adam Etienne, Oestrich am Rhein.**



**Die Buchdruckerei**  
**von Adam Etienne**  
**Oestrich am Rhein**  
liefert alle Drucksachen

für Handel, Industrie und Gewerbe, für den häuslichen u. gesellschaftlichen Verkehr, in jeder gewünschten Ausstattung, in kürzester Zeit zu massigen Preisen.

## Bekanntmachung.

### Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4 1/2% **Schahanweisungen** können vom 4. Juni ab,  
für die 5% **Schuldverschreibungen** vom 23. Juni d. Js. ab  
in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „**Umtauschstelle für die Kriegsanleihen**“, **Berlin W 8, Behrenstraße 22**, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **5. Dezember 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „**Umtauschstelle für die Kriegsanleihen**“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine **rechts oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „**Umtauschstelle für die Kriegsanleihen**“, **Berlin W 8, Behrenstraße 22**, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

### Reichsbank-Direktorium.

Havenstein.

v. Grimm.

## Entlassungsanträge für Kriegsbeschädigte.

- Die Reichsregierung hat die Mittel bewilligt, um den in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 mit **Versorgungsberechtigung** entlassenen Kriegsbeschädigten mit niedrigem Einkommen einen Entlassungsantrag zu gewähren.
- Als niedriges Einkommen in diesem Sinne soll gelten, wenn der betreffende Kriegsbeschädigte in Gemeinden mit weniger als 50,000 Einwohnern weniger als 3000.— M.,  
" " " 50,000 bis 100,000 Einwohnern weniger als 4000.— M.,  
" " " mehr als 100,000 Einwohnern weniger als 5000.— M.

steuerpflichtiges Einkommen besitzt und wird das Steuerjahr 1919/20 angenommen.

- Wegen der Anmeldung des Anspruchs auf Anzüge wird folgendes bestimmt:

### a) Wiesbaden-Stadt.

Siehe Bekanntmachung in den Lokalblättern.

### b) Landkreis Wiesbaden, Rheingau- und Untertaunuskreis:

Bei sämtlichen Bürgermeisterämtern der vorgenannten drei Landkreise liegen vom 8. Juni 1919 ab Anmeldeblätter für die Entlassungsanträge der Kriegsbeschädigten Rentempfänger zur Anmeldung auf. Bei der Anmeldung beim Bürgermeisteramt hat der Kriegsbeschädigte folgende Papiere vorzulegen:

1. Rentenbuch,
2. Militär-Pass,
3. Steuerzettel.

Die Bürgermeisterämter haben die Angaben der Kriegsbeschädigten genau nachzuprüfen und sind für richtige Eintragung in die Listen verantwortlich.

- Dem Wunsch der Anspruchsberechtigten auf einen Anzug zu 2/5 Tragwert wird nach Möglichkeit entsprochen. Es wird jedoch bemerkt, daß die Güte der Zivilanzüge je nach Herkunft und Herstellungsart ungleich ist. Ein unbedingter Anspruch, zwischen Zivil- oder umgeändertem Militäranzug zu wählen, kann bei der äußersten Knappheit an Beständen leider nicht zugestanden werden.
- Kriegsbeschädigte, die auf ihren Entlassungsantrag verzichtet und an dessen Stelle die Auszahlung der Geldentschädigung in bar wünschen, haben dies bei der Anmeldung ihres Anspruchs zum Ausdruck zu bringen. Für Geldentschädigung anstelle eines nicht empfangenen Anzugs wird der Betrag von M. 93,88 vom Kontrollamt bezahlt.
- Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur diejenigen Kriegsbeschädigten, die zwischen dem 1. Juli 1916 und 9. November 1918 mit Rente entlassen worden sind, für die Anmeldung der Entlassungsanträge in Frage kommen. Für wesentlich falsche Angaben müssen die Beteiligten zur Verantwortung gezogen werden.

Wiesbaden, den 26. Mai 1919.

**Kontroll-Amt.**  
Versorgungsabteilung.

## Geschäfts-Gröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Oestrich und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich am 15. ds. Mts. in dem Hause **Schmalgasse 5** eine

**Bau- u. Maschinenschlosserei**

eröffne. Übernehme auch Auto- und Fahrradrepaturen. Um geneigten Zuspruch bittet

**Franz Basteberger, Oestrich.**

## Arbeitsjungen

werden noch angenommen in den Baumschulen

**Eurt Vogt.**  
Niederwalluf.

### Stichweine

zur **Essigfabrikation**

kauft jede Menge.

Offerten mit Probe erbeten.

**Oinger-Weinellg-Fabrik**

**H. Rache, Bingen a. Rh.**

Ein schweres

## Zuchtrind

zu verkaufen.

Näheres i. d. Exp. d. Bl.

Ein schönes

## Ziegenlamm

zu verkaufen.

Näheres in der Exp. d. Bl.

## Hochträcht. Fahrkuh

zu verkaufen. Näheres Exp. dieses Blattes

## Bohnenstangen

empfiehlt

**Og. Jos. Friedrich,**  
**Oestrich i. Rhg.**

— Telephon 70. —

Einige 1000 kräftige

## Früh- und Spätgemüsepflanzen

preiswert abzugeben.

**Adam Dinger, Gärtner**  
in **Oestrich i. Rheingau.**

Eberbacherstr. 68.



Tüchtiger

## Fuhrknecht

per sofort gesucht. Näheres Eltville, Boertchstr. 11.

## Bursche,

14—17 Jahre alt, für Arbeit auf gleich gesucht.

**Frl. Misa Baumann,**  
**Baumann's Hof,**

Bohrl. Schlangenbad — Tel. 1.

Ordentl. Mädchen, welches kochen kann und die Hausarbeit versteht für sofort bei hohem Lohn gesucht.

**Knapp, Wiesbaden,**  
Berichtestraße 1.

Ein solides braves Mädchen, das etwas kochen kann, einem älteren Ehepaar als Bleich gesucht.

**Frau Rektor Mehen,**  
**Biedrich,**

Wiesbaden, Rheingau.

Gesucht für sofort

## Monatsmädchen

oder Frau für Hausarbeit. Mittagessen wird geliefert.

**Dipl.-Ing. Rogemann,**  
**Reichartsbauern.**

Braves fleißiges

## Mädchen

auf 15. Juni zu kinderlos paar gesucht. Beste Verpflegung und guten Lohn. Näheres in der Exp. des Bürgervereins.

Wiesbaden, den 26. Mai 1919.

## Möbel

Kompl. Schlafzimmer

Küchen

Wohnzimmer-Möbel.

**Einzelne Möbel**

Vertikals, Kleiderstühle,

Küchenschränke, Tische,

Stühle usw.

zu den billigst. Preisen.

Kaufhaus

**Max Eis,**

Spezial-Abt. für Möbel.  
Eltville. Telephon 88.